

Gemeinderat - öffentlich- vom 28.03.2017

1) TOP Bürger fragen

Keine.

2) TOP 3-004/17 Freiwillige Feuerwehr Donaueschingen, Einsatzabteilung Neudingen – Wahl des Abteilungskommandanten und Stellvertreter

Oberbürgermeister Pauly: Am 10. März 2017 habe bei der Dienstversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Donaueschingen, Einsatzabteilung Neudingen, die Wahl des Abteilungskommandanten und dessen Stellvertreter angestanden. Herr Marcus Przystaw und Herr Alexander Preis würden die fachlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllen.

Beschluss:

Der Wahl von Herrn Przystaw zum Abteilungskommandanten und von Herrn Alexander Preis zum stellvertretenden Abteilungskommandanten der Ersatzabteilung Neudingen wird zugestimmt.

(einstimmig)

3) TOP 1-038/17 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung vom 21. Februar 2017 gefassten Beschlüsse

Beschluss:

Die in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 21. Februar 2017 gefassten Beschlüsse werden bekannt gegeben.

4) TOP 4-032/17 Stahlbrücke Allmendshofen / Brücke über die Breg - Sachstandsbericht

Herr Stadtrat Marcus Greiner ist befangen. Er verlässt den Sitzungstisch und nimmt im Zuhörerbereich Platz. Er nimmt weder beratend noch entscheidend an den Verhandlungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Oberbürgermeister Pauly führt in den Verhandlungsgegenstand ein. Er weist darauf hin, dass die Kosten für den Brückenbau in Allmendshofen voraussichtlich von den bisher vorgeschlagenen Kosten von 680.000,-- € auf 700.000,-- € steigen werden. Zwar liege die Kompetenz bei überplanmäßigen Kosten in Höhe von 20.000,-- € beim Oberbürgermeister, da der Gemeinderat aber voraussichtlich eine Kostendeckelung beschlossen habe, halte er einen Beschluss des Gemeinderats für erforderlich. Herr K.-H. Koch von Breinlinger Ingenieure würden die Planungen und Kosten erläutern und Herr Stadtrat Markus Greiner stünde für Fachfragen zur Verfügung.

Herr Fachplaner Koch stellt die Varianten und die Ergebnisse seiner Untersuchung mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation vor. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigefügt. Er erläutert mit den vier angehängten Folien die untersuchten Varianten, die vorgeschlagene Variante, die Kosten für die vorgeschlagene Variante und den möglichen Zeitplan. Die Präsentation ist der Anlage angehängt.

Stadtrat Müller: Er bedanke sich bei Herrn Koch. Die kostengünstigste Variante wäre in seinem Sinne. Der Gemeinderat habe ursprünglich 600.000 € bewilligt. Er vermute, dass die Marktsituation eventuell noch niedrigere Preise hervorbringe.

Er stimme zu, betone aber, dass 700.000 € die obere Grenze darstelle und diese nicht weiter nach oben angehoben werden solle.

Er wolle gerne mehr über die Haltbarkeit der Variante 1 erfahren.

Stadtrat Jürgen Erndle: Er interessiere sich für die Tragfähigkeit.

Stadtrat Wild: Auch er danke Herrn Koch. Die Grünen- und die GUB-Fraktion wollten, dass die Maßnahme im Gemeinderat vorgestellt werden solle.

Ihm fehle die Untersuchung der Stahlfachwerkbrücke, zu welcher bereits ein Angebot der Firma Stadler vorliege. Er frage sich, warum Herr Koch die Variante nicht untersucht habe.

Er brauche eine Begründung, warum diese entfallen sei.

Er wolle wissen, wann die Submission stattfinde.

Stadtrat M. Blaurock: Er bedanke sich für die klare Darlegung. Die Firmen, die die von der Verwaltung präferierte Stahl-Beton-Verbundlösung herstellen würden, seien ausgebucht. Er wolle in Erfahrung bringen, ob dies auch für die Firmen zutrefte, die die Stahlfachwerkslösungen bauen würden.

Ihm sei unwohl bei dem Gedanken, 700.000 € zu bewilligen, da er vermute, dass dies noch nicht die letzte Erhöhung darstellen würde.

Herr Bunse: Er verweise in Bezug auf die Tragfähigkeit auf den Beschluss, eine 16-Tonnen-Brücke zu bauen. Die von der Firma Stadler angebotene Lösung sei eine der untersuchten und in der Folie 1 dargestellten Varianten.

Herr Fachplaner Koch: Stahlverbundbrücken seien dauerhaft und hätten eine Beschichtung.

Die Haltbarkeit des Überbaus liege bei 30 Jahren.

Bei der Fachwerkbrücke Variante 3 sei das Angebot der Firma Stahlbau Stadler berücksichtigt und fortgeschrieben worden. Die neue Brücke solle laut Gemeinderatsbeschluss 3,50 m lichte Weite haben, wie die heutige Brücke. Hinzu würden beidseits Schrammborde zum Schutz der seitlichen Brückenteile von jeweils 50 cm kommen. Diese Schrammborde müssten vorhanden sein und seien gesetzlich vorgeschrieben.

Herr Bunse: Ausgeschrieben werde so, dass Sondervorschläge wie z.B. eine Stahlfachwerkbrücke, angeboten werden könnten.

Herr Fachplaner Koch: Stahlkonstruktionen betreffen immer zwei Baubereiche: Den Betonbaubereich sowie den Stahlbaubereich.

Stahlbauunternehmen hätten volle Aufträge und sollen bis 2018 noch Restaufträge erfüllen.

Der Auftrag könne am 25.07.2017 laut jetzigem Zeitplan vergeben werden. Ausgeführt werden sollten die Arbeiten allerdings erst im Jahr 2018.

Stadtrat Müller: Er möchte wissen, was die Folge sei, sofern die Brücke nicht im Preisrahmen bleibe. Es sei eine Überlegung wert, notfalls wegen eines besseren Preises die Auftragsvergabe zu verschieben.

Herr Bunse: Er zitiere § 17 Abs. 1 VOB/A. Wenn kein angemessenes oder annehmbares Angebot abgegeben werde, könne dieses aufgehoben werden. Im vorliegenden Fall seien die Schätzpreise um ein mehrfaches überschritten worden. Würden die Preise nur um zehn oder 20 Prozent überschritten, sei eine Aufhebung eher unproblematisch.

Oberbürgermeister Pauly: Der Bau der Brücke solle aus den dargestellten Gründen erst im Jahr 2018 beginnen.

Herr Bunse: Er berichte über die vorgenommene Aufhebung der Ausschreibung der Georg-Mall-Brücke. Sechs Firmen haben die Leistungsverzeichnisse abgeholt. Nur eine Firma habe ein Angebot abgegeben. Die geschätzten Einheitspreise seien teilweise um ein Vielfaches überschritten worden.

Beschluss:

1. Einer Erhöhung der Kosten für den Neubau der Brücke über die Breg in Allmendshofen von 680.000,-- € auf 700.000,-- € wird zugestimmt.
2. Der Finanzierung wird zugestimmt.
3. Der sofortigen Ausschreibung wird zugestimmt und der Bau der Brücke soll erst im Jahr 2018 beginnen.

(30 Ja, 3 Enthaltungen)

5) TOP 1-043/17 Amt 2 - Umstrukturierung der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung

Oberbürgermeister Pauly: Es solle neben Amt 2 (Tourismus und Marketing) noch das Amt 8 (Kultur) geschaffen werden.

Die beiden Amtsleiterstellen seien in E 11 eingruppiert. Die Amtsleiterstellen würden gleichzeitig auch eine Sachgebietsleiterstelle umfassen.

Die Umstrukturierung der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung sei sinnvoll, da Kultur und Marketing stärker in den Fokus gerückt werden. Beide Bereiche würden von einer Trennung profitieren.

Beispielsweise sei die Geschäftsführung der Reitturnier GmbH künftig in Amt 2 angesiedelt und die Geschäftsführung der Gesellschaft der Musiktage (Musikfreunde) in Amt 8.

Die Stelle für die Amtsleiterposition im Bereich Kultur solle Ende Mai durch Wahl neu besetzt werden. Für die Besetzung der Amtsleiterstelle 2 sei die Zustimmung des Gemeinderats notwendig.

Stadträtin Stocker-Werb: Die Zusammenarbeit beider Ämter sollte geregelt werden, da Kultur und Tourismus zwei unzertrennliche Sachgebiete darstellen würden. Es sollte gewährleistet werden, dass gute Zusammenarbeit herrsche und keine konfliktreichen Schnittstellen entstünden.

Donaueschingen sei eine Musikstadt und der geeignete Bewerber sollte bei Möglichkeit aus dem Bereich Kunst und Musik kommen. Dadurch entstünde eine Netzwerkerweiterung und es würden weitere Impulse an die Stadt Donaueschingen weitergegeben werden.

Stadtrat Kuttruff: Die zeitgenössische Musik berge eine Herausforderung. Es müsse eine richtige und eine gute Personalentscheidung getroffen werden.

Relevant sei es, dass bei beiden Ämtern eine ruhige und saubere Struktur eingeführt werde. Beispielsweise im Kulturausschuss könne eine Schnittstelle zur Gesellschaft der Musikfreunde geschaffen werden.

Es solle aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt werden.

Stadtrat Karrer: Er spreche die Zusammenfassung der Ämter an. Es gebe eine enge Verknüpfung zwischen Kultur und Tourismus. Er stelle sich die Frage, aus welchen Gründen diese Ämter nicht zusammenarbeiten sollten. Zudem frage er sich, wie es mit der Zusammenarbeit der Vereine aussehe.

Er frage sich, ob die Entlohnung in E 11 gerecht sei.

Stadträtin Weishaar: Aus der Praxis heraus sei eine Trennung sinnvoll. Es sei immer wieder das Zusammenspiel der Ämter notwendig. Es sei wichtig, dass es schlagfertige Unterabteilungen gebe und eine schnelle Kommunikation zwischen den Ämtern ermöglicht werde.

Zudem solle Ursachenforschung betrieben werden. Es stelle sich hierbei die Frage, welche Konfliktursachen und -potentiale in der Vergangenheit aufgetaucht seien. Dies solle in der Zukunft beachtet werden.

Stadtrat M. Blaurock: Es entstehe durch die Umstrukturierung auch eine Bewegung in der Öffentlichkeit. Diese Struktur könne einen Schritt nach vorne darstellen.

Der Erfolg der Umstrukturierung der inneren Organisation hänge nicht nur von der Umstrukturierung selbst ab, sondern auch von den verschiedenen Persönlichkeiten der einzelnen Mitarbeiter von Amt 2 und Amt 8.

Gerade die Amtsleiter müssten eng miteinander zusammenarbeiten und insbesondere die menschliche Ebene müsste stimmen.

Stadtrat Greiner: Er erkundige sich, in welchen Zeitschriften die Ausschreibungen veröffentlicht werden solle. Er wolle wissen, ob die relevanten Zielgruppen erreicht würden. Auch in Fachzeitschriften solle ausgeschrieben werden. Man sollte erreichen, dass die Stadtverwaltung Donaueschingen auf eine hohe Anzahl von Bewerbungen zurückgreifen könne. Er plädiere für die Beteiligung der Fraktionen bereits bei den verwaltungsinternen Vorstellungsprozessen.

Stadtrat Dr. Wagner: Beide Ämter seien von hoher Notwendigkeit und somit sei eine reibungslose Funktion von höchster Relevanz.

Die Mitarbeiter dieser Ämter seien wesentlich für die Imagebildung der Stadt Donaueschingen verantwortlich.

Der Text der Stellenausschreibung und die Satzung der Gesellschaft der Musikfreunde würden sich teilweise widersprechen.

Der Gemeinderat sei ein Geldgeber der Gesellschaft für Musikfreunde. Er finde z.B. im Kulturausschuss wichtig zu erfahren, welche Auslastungen bei der Gesellschaft der Musikfreunde erreicht werden würden.

Oberbürgermeister Pauly: In Bezug auf die Frage von Frau Stadträtin Stocker-Werb bemerke er, dass die Zusammenarbeit zwischen Amt 2 und Amt 8 gerade bei Großveranstaltungen funktionieren werde.

Er sehe einen klaren Vorteil in der Trennung der beiden Ämter. Relevant sei in diesem Zusammenhang insbesondere die genaue Definition der entstehenden Schnittpunkte zwischen den neu entstehenden Ämtern.

Eindeutige Zuständigkeiten und klare Aufgabendefinitionen würden die Effektivität steigern.

Gerade bei Veranstaltungen wie den Musiktagen müssten die Aufgaben und Zuständigkeiten vorher exakt definiert und abgestimmt werden.

Die Stellenbewertungskommission habe sich mit der Eingruppierung auseinandergesetzt. Er zweifle die E 11 nicht an.

Die Zusammenarbeit mit der Gesellschaft der Musikfreunde habe in der Vergangenheit nicht reibungslos funktioniert. In Zukunft wolle man diese Probleme unterbinden.

Auch in Zukunft müsse die Stadt den Einfluss auf die Kulturarbeit beibehalten.

Durch den Amtsleiter für Kultur werde das kulturelle Leben der Stadt geprägt.

In Bezug auf die Thematik des Bewerbungs- und Auswahlverfahrens seien für die Schaltung der Stellenausschreibung einschlägige Fachzeitschriften berücksichtigt.

Beschluss:

1. Der aktuelle Sachstand wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Besetzung der neuen Amtsleiterstelle 2, Tourismus und Marketing wird zugestimmt.
3. Der gegebenenfalls notwendige Stellemehrung, um eine 100 %- Stelle im Amt 2 wird zugestimmt.
4. Der gegebenenfalls notwendigen entsprechenden Anpassung des Stellenplans wird zugestimmt.

(31 Ja, 2 Nein)

**6) TOP 1-041/17 Amt 1 Zentrale Steuerung und Finanzen - Besetzung Vertretungs-
stelle Sachgebiet 12 Hauptverwaltung**

Beschluss:

Der befristeten Wiederbesetzung der freiwerdenden Stelle im
Sachgebiet 12 Hauptverwaltung wird zugestimmt.

(Einstimmig)

6.1) TOP 1-048/17 Amt 3 Öffentliche Ordnung - Besetzung Sachgebietsleitungsstelle 32 Bürgerservice, Standesamt

Stadtrat Vetter: Im Standesamt habe es in relativ kurzer Zeit häufige Personalwechsel gegeben.

Er frage sich, ob die Stadtverwaltung überlegt habe, welche Qualifikation für die Einstellung erwartet werde.

Bürgermeister Kaiser: Es gebe die Alternative in der Stellenausschreibung, dass im Jahr 2018 eine Beamtenstelle ermöglicht werden könne.

Stadtrat Greiner: Er spreche sich klar gegen diese Eventualität aus.

Stadtrat M. Blaurock: Er erkundige sich, ob bereits in der Ausschreibung dargelegt werde, dass es sich um eine Beamtenstelle handele.

Bürgermeister Kaiser: Es gebe die Option, diese Stelle im Jahr 2018 in eine Beamtenstelle umzuwandeln. Hierbei bedürfe es der Zustimmung des Gemeinderats.

Stadtrat Greiner: In der Vergangenheit habe es positive und negative Fälle gegeben. Er finde es nicht richtig, wenn die Option einer Verbeamtung ausgeschrieben werde.

Bürgermeister Kaiser: Er verweise auf die geringe Anzahl von Beamtenstellen bei der Stadtverwaltung in Donaueschingen.

Stadtrat M. Blaurock: Er sei der Ansicht, dass in Ausschreibungen nicht mit Optionen geworben werden solle, die nicht eingehalten werden können. Er finde, dies wäre schädlich für das Image der Stadt Donaueschingen.

Oberbürgermeister Pauly unterbricht die Sitzung um 19.40 Uhr bis 19.51 Uhr. Es solle mit Hinweis auf die Möglichkeit ausgeschrieben werden, dass die Stelle künftig zu einer Beamtenstelle würde. Die Bewerber würden darauf hingewiesen werden, dass es im Gemeinderat hinsichtlich der Verbeamtung ein unterschiedliches Meinungsbild gäbe.

Beschluss: Der Wiederbesetzung der freiwerdenden Stelle Sachgebietsleitungsstelle im Sachgebiet 32 Bürgerservice, Standesamt wird zugestimmt.

(einstimmig)

7) TOP 1-026/17 Breitbandversorgung - Grundsatzbeschluss zur Gründung eines Eigenbetriebs

Oberbürgermeister Pauly führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Der Eigenbetrieb solle das eigene Breitbandnetz betreuen und effizient vermarkten.

Das Ziel in Donaueschingen sei, dass alle Häuser an ein Glasfasernetz angeschlossen werden können.

Der Eigenbetrieb solle die notwendigen Mittel durch die Stadt Donaueschingen erhalten und sich in Zukunft selbstfinanzieren können.

Durch den Ausbau des Eigenbetriebs könnten in Zukunft sogar Erträge erzielt werden.

Zusammenfassend sei auf lange Sicht eine Refinanzierung des Eigenbetriebs möglich, ebenso Gewinne zu erzielen.

Stadtrat Karrer: Er verweise auf den Antrag der SPD-Fraktion einen Eigenbetrieb zu gründen.

Er verweise auf die Konzessionsabgabe und kündige seine Zustimmung an.

Stadtrat Christian Kaiser: Er wolle erfahren welche Aufgaben der Eigenbetrieb erfülle und erkundige sich über die exakte Darlegung der Refinanzierung. Er wolle mehr über Dimensionen, Defizite und über die Verschuldung des Eigenbetriebs in Erfahrung bringen.

Seiner Ansicht nach seien diese Themen noch nicht fassbar. Er denke jedoch, dass die Gründung eines Eigenbetriebs sinnvoll sei.

Oberbürgermeister Pauly: Die Stadt Donaueschingen wäre im Zweifel Geldgeber, sofern sich der Eigenbetrieb nicht refinanzieren könne. Mit der Zeit werde man sehen, wie sich Einzelheiten in der Finanzierung gestalten.

Es ist schwierig, die zukünftige Entwicklung im Detail einzuschätzen. Die Technik sei jedoch zukunftsweisend.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Gründung des Eigenbetriebs Breitbandversorgung der Stadt Donaueschingen zu.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die Eigenbetriebssatzung auszuarbeiten und mit der Rechtsaufsicht abzustimmen.
3. Die Betriebssatzung wird in der Folge mit dem Gemeinderat zur Beratung Beschlussfassung vorgelegt.

(Einstimmig)

8) TOP 1-042/17 Amt 6 Bildung und Soziales - Besetzung Vertretungsstelle Sachgebiet 61 Kindergärten, Schulen, Sozialversicherung

Beschluss:

Der befristeten Wiederbesetzung der freiwerdenden Stelle im Sachgebiet 61 Kindergärten, Schulen und Sozialversicherung wird zugestimmt.

(einstimmig)

9) TOP 1-027/17 Eigenbetrieb Wasserwerk - Satzungsänderung

Beschluss:

1. Der Satzung zur Änderung der Satzung über den Anschluss an die öffentlichen Wasserversorgungsanlagen und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser (Wasserversorgungssatzung- WVS) der Stadt Donaueschingen wird zugestimmt.

(einstimmig)

10) TOP 4-027/17 Bebauungsplan "Auf der Leimgrube" / Grüningen - Satzungsbeschluss

Herr Bunse: Das zuständige Ministerium habe bekannt gegeben, dass schwerpunktmäßig das Wohnen gefördert werden solle. Daraus folge, dass das Projekt der Mehrzweckhalle in Grüningen nach hinten verlegt werden müsse.

Im Rahmen der Haushaltsplanung 2017 solle das Projekt wieder beraten werden.

Die letzte Kostenschätzung sei bei 2,8 Millionen Euro gelegen. Minimalziel sei die Reduktion auf 2,5 Millionen Euro. Im Jahr 2018 müsse entschieden werden, wie bei diesem Projekt weiter verfahren werden solle.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Bebauungsplan „Auf der Leimgrube“ entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Abwägungstabelle nach § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

(einstimmig)

11.1) TOP 4-036/17 Eichendorffschule / Schulhofgestaltung - Vergabe

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Firma Jäger Garten- und Landschaftsbau, Donaueschingen, mit den Bauarbeiten in Höhe von 177.049,65 €.

(einstimmig)

12) TOP 4-021/17 Reinigung Abwasseranlagen 2017 - Vergabe

Beschluss:

Die Firma ALBA Süd GmbH & Co. KG, Dunningen, wird mit der Reinigung der Abwasseranlagen für 2017 zum Angebotspreis von 129.745,70 € beauftragt.

(einstimmig)

13) TOP 4-022/17 Schwalbenweg 2. BA und Falkenweg 2. BA / Donaueschingen - Vergabe Kanalerneuerung und Erdarbeiten für Wasserversorgungsleitung

Herr Stadtrat Christian Kaiser ist befangen. Er verlässt den Sitzungstisch und nimmt im Zuhörerbereich Platz. Er nimmt weder beratend noch entscheiden an den Verhandlung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Beschluss:

1. Die Firma J. Friedrich Storz Verkehrswegebau GmbH & Co KG, Donaueschingen, wird mit den Bauarbeiten zum Angebotspreis von 426.364, 27 € beauftragt.
2. Den Finanzierungen wird zugestimmt.

(einstimmig)

14.1) TOP 4-038/17 Eichendorffstraße, 1. BA / Donaueschingen - Vergabe

Herr Stadtrat Christian Kaiser ist befangen. Er verlässt den Sitzungstisch und nimmt im Zuhörerbereich Platz. Er nimmt weder beratend noch entscheiden an den Verhandlung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Beschluss:

1. Die Firma Behringer Tiefbau GmbH & Co KG, Hüfingen, wird mit den Bauarbeiten für die Kanalerneuerung und Erdarbeiten für die Wasserversorgung zum Angebotspreis 322.729, 25 € (Kanal 221.451,38 € + Wasserversorgung 101.297,87 € beauftragt.
2. Der vorgeschlagenen Finanzierung wird zugestimmt.

(32 Ja, 1 Nein)

15) TOP 4-028/17 Wiesenstraße / Pfohren - Vergabe

Beschluss:

1. Die Firma Gebr.Stumpp GmbH & Co KG, Balingen, wird mit den Bauarbeiten in Höhe von 166.298,95 € beauftragt.
 2. Den Finanzierungen wird zugestimmt.
- (einstimmig)

**16) TOP 4-026/17 Baugebiet An der Tannheimer Straße, Emil-Winterhalter-Straße /
Wolterdingen - Vergabe**

Beschluss:

Die Firma Jäger, Garten- und Landschaftsbau, Donaueschingen, wird mit den Bauarbeiten zum Angebotspreis von 54.951,58 € beauftragt.

(Einstimmig)

17) TOP 4-029/17 Bregtalstraße / Wolterdingen - Vergabe Gehwegerneuerung

Beschluss:

1. Die Firma Gebr. Stump GmbH & CO KG, Balingen, wird mit den Bauarbeiten zum Angebotspreis von 58.940,70 € beauftragt.
2. Der Finanzierung wird zugestimmt.
(Einstimmig)

18) TOP 4-031/17 Kanalsanierungen / Liner 2017 - Vergabe Ingenieurhonorar

Beschluss:

Das Ingenieurbüro Burgert, Donaueschingen, wird mit der Planung und Bauleitung für die Kanalsanierung auf Grundlage der HOAI beauftragt.

(Einstimmig)

19) TOP 5-002/17 Sanierungsgebiet „An der Stadtkirche“ - Aufhebung der Sanierungssatzung / Schlussbericht

Stadtrat M. Blaurock: Er habe Klärungsbedarf bezüglich der Kosten.

Bürgermeister Kaiser: Nicht nur die Gelder aus der Sanierungsförderung seien verwendet worden, sondern auch die Mittel der Denkmalstiftung. Der Sanierungsrahmen habe sich erhöht. Aus diesem Grund seien die Finanzhilfen auf 1.060.000,00 € angehoben worden.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt den Schlussbericht zur Sanierungsmaßnahme „An der Stadtkirche“ zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat stimmt der beigefügten Satzung über die Aufhebung der Sanierungssatzung für das Gebiet „An der Stadtkirche“ der Stadt Donaueschingen zu.

(Einstimmig)

20) TOP 1-039/17 Zins- und Schuldenmanagement

Oberbürgermeister Pauly führt in den Tagesordnungspunkt ein und verweist auf die Entscheidung der TA-Sitzung vom 14.02.2017.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt den Bericht zum Zins- und Schuldenmanagement zur Kenntnis.

2. Der Status quo zum Zins- und Schuldenmanagement wird beibehalten.

(27 Ja, 6 Enthaltungen)

21) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Gefördertes Wohnvorhaben des Projektes Entwicklung ländlicher Raum

Oberbürgermeister Pauly: Er bemerke, dass beim Förderprogramm des Projektes Entwicklung ländlicher Raum Projekte in Pfohren und Neudingen positiv beschieden worden sei.

Die Abendrealschule könne leider nicht fortgeführt werden, was mit den geringen Anmeldungen zusammenhänge.

Villingerstraße Bepflanzung

Stadträtin Riedmaier: Vorne an der Villingerstraße, Richtung Ampel und Hindenburgring gebe es keine Bäume.

Herr Bunse: Bis zum Ende des Rohbaus eines des fertigen Bauvorhabens müsse abgewartet werden, bis mit einer Bepflanzung reagiert werden könne.

Nicht-Raucher-Schild

Stadträtin Blaurock: Sie schlage vor, auf dem Spielplatz in der Irmastraße ein Nicht-Raucher-Schild anzubringen, da sie denke, dass die Erteilung eines Verbots rechtlich unwirksam sei. Rauchverbot auf dem Spielplatz sei ihr wichtig.

Stadtrat Roland Erndle: Er sehe die Anregung von Stadträtin Blaurock kritisch. Er finde ein rauchendes Elternteil auf dem Spielplatz sei besser, als ein Kind, das von den Eltern nicht auf dem Spielplatz geführt und zu Hause vor das Fernsehgerät gesetzt werde.

Oberbürgermeister Pauly: Er sage die Überprüfung der Verwaltung zu.

Upgrade-Festival

Stadträtin Wiemer: Sie erkundige sich nach den Besucherzahlen des Upgrade-Festivals.

Oberbürgermeister Pauly: Im Kulturausschuss habe es einen Rück- und Ausblick gegeben. Es habe eine positive Rückmeldung ohne Zahlen gegeben. Es sollen Zukunft auch Zahlen gesammelt und vorgelegt werden.

Erscheinungsbild öffentlicher Plätze

Stadträtin Weishaar: Sie erkundige sich, wer für die Sauberkeit des Bahnhofes Donaueschingen zuständig sei. Die Abfalleimer seien nicht geleert und das allgemeine Erscheinungsbild sei nicht ansprechend.

Stadträtin Riedmann: Sie würde gerne wissen, wer für die Reinigung des Grundstücks beim Lidl in Donaueschingen zuständig sei.

Oberbürgermeister Pauly: Die Straße am Lidl gehöre in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Donaueschingen. Das gelte nicht für den Parkplatz. Dieser sei im Eigentum von Lidl.

Pflastersteinverlegung an der Stadtkirche

Stadträtin Schmitt: Die Pflastersteine an der Stadtkirche seien aus ihrer Sicht unsauber verlegt.

Bürgermeister Kaiser: Es handle sich bei dem Sanierungsvorhaben um einen Kurvenbereich. Dazu gehöre, dass es komplizierte Entwässerungsverhältnisse gebe. Durch die Nutzung der Gesamtfläche würden Unebenheiten entstehen.